

Michael Brie und Dieter Klein

brie@rosalux.de: klein@rosalux.de

Der Kampf für ein soziales und demokratisches Europa – Hegemonie und Einstiegsprojekte

Thesen zur Diskussion



Erste These: Die Entwicklung konkreter Einstiegsprojekte bildet das Zentrum des Kampfes um Hegemonie.....	2
Zweite These: Regierungsbeteiligung linker Parteien kann zur Stärkung des Neoliberalismus beitragen oder aber in den Kampf um eine antineoliberale Hegemonie und emanzipativ-solidarische Einstiegsprojekte beitragen	4
Dritte These: Eine linke Wirtschaft- und Sozialpolitik ist möglich – eine Agenda für Deutschland	6

rls

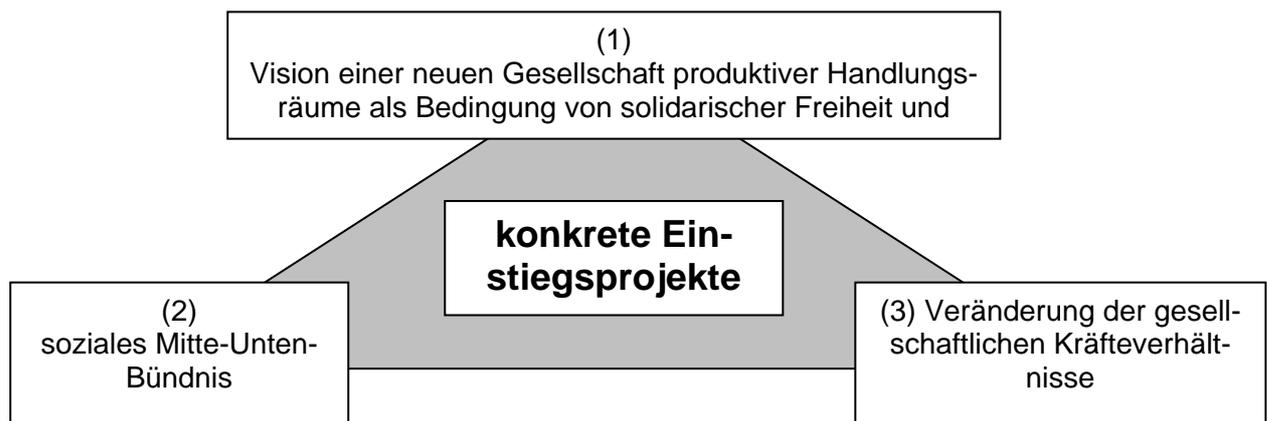
Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
Bereich Politikanalyse
+4930-44310 167

Erste These: Die Entwicklung konkreter Einstiegsprojekte bildet das Zentrum des Kampfes um Hegemonie

„Historisch progressiv“, so Wolfgang Fritz Haug im *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* mit Verweis auf Antonio Gramsci, „ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen ‚Produktivität‘, d.h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie ‚die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert‘ und so die glaubhafte Erwartung individueller ‚Lebensperspektiven‘ speist“¹.

Der Kampf um die aktive Delegitimation des Neoliberalismus, das Aufzeigen seiner inneren Widersprüche, der Nichteinlösung der von ihm verheißenen Ziele, deren Verkehrung in wirtschaftliche, soziale, kulturelle, ökologische, politische Katastrophen wird erst dann zu einem wirklichen Anspruch auf eine eigene emanzipative Gegenhegemonie, die mehr ist als ein „Nein!“ und mehr auch als das Gegenteil des Neoliberalismus, wenn es in emanzipativ-solidarischen Einstiegsprojekten in eine „andere Welt“ Gestalt materielle Gewalt annimmt.

Grafik 5: Das strategische Dreieck linker Politik



Das Projekt einer solidarisch-emanzipativen Transformation kann nur als Mitte-Unten-Projekt realisiert werden. Es verlangt ein Interessenbündnis, einen Gesellschaftsvertrag zwischen jenen Gruppen, die die produktiven Kernträgerschichten bilden (der „allgemeine Produktionsarbeiter“) und jenen, die durch den Neoliberalismus marginalisiert werden. Bei einem solchen Bündnis können die neuen (und alten) Mittelschichten ein höheres Maß an sozialer Sicherheit, an einem stabilen gesellschaftlichen Umfeld und sozialer Integration, an qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, an Menschenwürde, an innerer Nachfrage für Produkte und Dienstleistungen gewinnen. Die Unterschichten dagegen würden eine menschenwürdige Grundsicherung, den Zugang zu den „Freiheitsgütern“ einer Gesellschaft, die Chancen für eine weitgehend gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten. Dies alles muss sich zu einem Projekt einer neuen höheren gesellschaftlichen Produktivität verdichten. Noch aber sind die Mittelschichten in der Illusion befangen, dass die Chancen des neoliberalen Projekts höher als die Gefahren seien oder aber sie sehen keine Alternativen und ordnen sich unter. Siehe Opel, IMB Deutschland usw. Aber: Montagsdemos.

Ein solches Mitte-Unten-Projekt braucht eine breite politische und kulturelle Allianz von sozialen Bewegungen, linken Parteien und Organisationen sowie auch Kräfte im Staatsapparat, der Wirt-

¹ HKWM, Bd. 6/I, S. 14 f.

schaft, Kultur, den Medien usw., die der des Neoliberalismus überlegen ist. Mit Gramsci gesprochen: ein historischer Block: „Bildung aggregierter Handlungsfähigkeit mit gesamtgesellschaftlicher Reichweite“². Noch aber: Gewerkschaften in Defensivkampf befangen (erste andere Ansätze), Sozialdemokratie sieht ihre Chancen im gemäßigten Neoliberalismus, soziale Bewegungen weitgehend Mittelklassebewegungen, Marginalisierte politisch und kulturell isoliert.

Der Kern einer solidarisch-emanzipativen Transformation bilden Einstiegsprojekte, die dem genannten Mitte-Unten-Bündnis und der Vision einer neuen Produktivität einen konkreten Inhalt geben und zum gemeinsamen organisierenden Bezugspunkt eines neuen historischen Blocks werden können, mit dem um die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse gerungen werden kann.³

Einstiegsprojekte, so Lutz Brangsch, sind Projekte des offenen partizipativen demokratischen Lernens:

1. Einstiegsprojekte vermitteln zwischen Reform und Revolution sowie zwischen Protest und Gestaltung dadurch, dass sie nachhaltige Verschiebungen von Machtverhältnissen induzieren, insofern eine breite Neugruppierung, Neugewichtungen von Akteuren in der Gesellschaft nach sich ziehen.
2. Einstiegsprojekte müssen nicht nur auf Erfolg ausgelegt sein, sondern sie müssen auch zum Umgang mit Erfolg befähigen.
3. Einstiegsprojekte vermitteln zwischen Lokalität, Regionalität und Globalität.
4. Einstiegsprojekte vermitteln die Ganzheitlichkeit von Lebensweise, kultureller und geschichtlicher Identität
5. Einstiegsprojekte sind Prozesse bewussten sozialen Lernens in Einheit von Veränderung und Selbstveränderung.

Grundmerkmale einer transformatorischen Politik, die die Kapitaldominanz überwindet, werden ausgehend von den hier entwickelten Positionen folgende Politikziele⁴:

1. Überwindung der Dominanz des globalen Finanzkapitalismus u. a. durch Annulierung der öffentlichen Schulden der Entwicklungsländer, die Einführung von Steuern auf internationale Finanztransaktionen und ihre Eindämmung, die Schaffung eines neuen regu-

² Ebenda, S. 23.

³ Dieter Klein: „Aus der Sicht eines transformationstheoretischen Ansatzes werden Projekte, die erste Schritte in eine andere Entwicklungsrichtung ermöglichen, einer Reihe von Maßstäben genügen müssen:

1. Da der Ausgangspunkt jeder realistischen Alternative die akuten Widersprüche und Konfliktlinien der Gesellschaft sind, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen und sie bewegen, folgt daraus: Einstiegsprojekte in einen anderen Entwicklungspfad müssen wesentliche ungelöste Probleme in der Gesellschaft betreffen. Sie müssen das Empfinden von Mehrheiten aufnehmen und Antworten auf ihre Ängste, auf ihr Verlangen nach Arbeitsplätzen, Sicherheit und Selbstbestimmung über das eigene Leben zu geben versuchen.
2. Einstiegsprojekte müssen realistisch sein, das heißt die Chance bieten, in absehbarer Zeit durchsetzbar zu sein und zu Verbesserungen für möglichst viele Lohnabhängige und besonders für sozial Benachteiligte zu führen.
3. Solche Einstiegsprojekte würden daher die Mobilisierung von potenziellen Akteuren für sozialen Wandel ermöglichen. Sie müssen geeignet sein, das in der Öffentlichkeit weit verbreitete TINA-Syndrom und das Ohnmachtgefühl zurückzudrängen, dass kaum etwas zu erreichen sei gegen die herrschende Politik. Wichtig ist das Entstehen von TAMARA-Erfahrungen in der Gesellschaft: There Are Many And Realistic Alternatives!) Empirische Untersuchungen haben ergeben, dass knapp 50 Prozent der gegenwärtig politisch kaum aktiven Deutschen von sich sagen, dass sie sich politisch engagieren würden, wenn sie mit einem Erfolg rechnen könnten.
4. Dem Gedanken eines zukunftsfähigen Wandels als transformatorisches Projekt folgend sollten Einstiegsprojekte zur Lösung gegenwärtiger Probleme die Öffnung für weiterreichende Entwicklungen erkennen lassen und zur Zurückdrängung der Kapitaldominanz, zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse und zur Zivilisierung von Konflikten auf der Basis der Abschwächung repressiver Elemente beitragen.“

⁴ Vgl. dazu u. a. die Erklärung der „19“ im „Manifest von Porto Alegre 2005“; siehe auch den Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Dieter Klein (Hg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin: Karl Dietz Verlag 2003.

lierten Weltwährungssystem, die Beseitigung aller Formen von Steuer-, Justiz- und Bankparadiesen, die schrittweise Einführung von globalen Mindeststandards;

2. schrittweise Aufhebung der Abhängigkeit der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger von kapitalistisch dominierten Märkten durch Formen bedarfsorientierter Grundsicherung, leistungsfähige öffentliche Bereiche im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Transportwesen usw.; Grundrechte und öffentliche Daseinsvorsorge müssen Vorrang vor freiem Handel haben;
3. Aufbau einer partizipativen sozialen Demokratie, die auf kommunaler Ebene beginnend bis hin zu den globalen Prozessen die Rahmenbedingungen allen wirtschaftlichen Handelns an den sozialen Interessen der unteren und mittleren Gruppen der Bevölkerung ausrichtet und die Entscheidungen deren Partizipation unterwirft;
4. Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit allen Eigentums im Interesse der unteren und mittleren sozialen Gruppen und der nachfolgenden Generationen (Prinzip der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit) sowie der Mitbestimmung der Beschäftigten sowie aller direkt durch die wirtschaftlichen Unternehmen betroffenen Gruppen an den wesentlichen Entscheidungen;
5. Zurückdrängung der militärischen Imperialmacht der USA und Umwandlung der regionalen Organisationen in Friedensmächte, die ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten zur Krisenprävention auf der Basis der UNO und unter unbedingter Wahrung des Völkerrechts einsetzen; Verfolgung von Terroristen auf der Basis von Rechtsstaatlichkeit und nach den Maßgaben der internationalen Strafgerichtsbarkeit.

Zweite These: Regierungsbeteiligung linker Parteien kann zur Stärkung des Neoliberalismus beitragen oder aber in den Kampf um eine antineoliberale Hegemonie und emanzipativ-solidarische Einstiegsprojekte beitragen

Wenn man nicht jede Beteiligung linker Parteien an der Ausübung von Regierungsmacht prinzipiell ablehnt, weil sie zur Stabilisierung des Kapitalismus, zur Integration linker Kräfte in die herrschenden Eliten, zur Schwächung solidarisch-emanzipativer Kräfte insgesamt beiträgt, dann muss vor allem gefragt werden, unter welchen Bedingungen diese Beteiligung erfolgt. Die heutige Grundbedingung ist die globale Hegemonie des Neoliberalismus und die enorme ökonomische, kulturelle, politische und militärische Übermacht der Kräfte des Neoliberalismus, des Imperialismus und Militarismus. Die harte politische Frage ist, ob unter diesen Bedingungen und aus diesen Bedingungen heraus originär linke Politik in Regierungsverantwortung überhaupt möglich ist und, wenn ja, welchen Charakter sie tragen müsste.

Kann der Neoliberalismus aus Regierungspositionen bekämpft werden und welches sind, wenn überhaupt die dafür notwendigen Bedingungen? Die europäischen Erfahrungen der neunziger Jahre lassen daran zweifeln. Die Beispiele von Italien und Frankreich sind ernüchternd bis katastrophal. In Schweden sind die Resultate gemischt; von einem Bruch mit dem Neoliberalismus kann aber nicht gesprochen werden. Die deutsche Regierung von SPD und Grünen kann nicht links genannt werden; sie hat die neoliberale Agenda mit immer größerer Gewalt erst durchgesetzt. Die zu Sozialdemokraten konvertierten Mitglieder der kommunistischen Staatspartei haben in Polen Neoliberalismus mit Pfründesicherung von Teilen der früheren Nomenklatura verbunden. Insgesamt vertritt die europäische Sozialdemokratie eine gemäßigte Version des Neoliberalismus, der diesem gesellschaftliche Akzeptanz zu verschaffen sucht. Linkssozialistischen und Kommunisten sind in der Opposition oder müssen sich einer Politik des „kleineren Übels“ beugen. Gegenteilendungen sind dieser generellen Richtung untergeordnet.

Vor dem Hintergrund der kontinentaleuropäischen und insbesondere der deutschen Erfahrungen möchte ich zwei Thesen vertreten:

- 1) *Linke Parteien kommen oft an die Regierung, weil die neoliberale Politik (Vermarktlichung der Gesellschaft und Stärkung der Dominanz der Kapitalverwertung; elitärer Autoritarismus*

und wachsende Repression) in eine Legitimations-, Funktions- und/oder Durchsetzungskrise gekommen ist.

Die Beteiligung der Parteien der Linken an Regierungen ist zumeist das Resultat der Tatsache, dass das neoliberale Projekt in seiner konservativen oder sogar konservativ-nationalistischen Form in eine Effizienz- und Legitimitätskrise und eine Krise seiner sozialen Basis geraten ist. Es hat dann wesentliche angestrebte Ergebnisse (besonders des Wirtschaftswachstums) nicht erreicht, erweist sich als ungerecht und undemokratisch sowie oft auch als militaristisch. Außerdem suchen Gruppen, die dieses Projekt vorher unterstützen, nach Alternativen.

Damit ergeben sich zwei Möglichkeiten: Zum einen kann das gleiche neoliberale Projekt mit anderen Mitteln fortgesetzt werden. Dies kann bedeuten, es von seiner Bindung an besonders parasitäre Gruppen zu lösen (siehe Auseinandersetzung mit Berlusconi oder in USA mit MIK und Erdöl-Komplex), durch eine Mischung von Erpressung und Einbindung Blockierung des neoliberalen Projekts durch gesellschaftliche Kerngruppen zu überwinden (siehe Einbindung von Gewerkschaften in Agenda 2010 in Deutschland), Formen der repressiven Unter- und Einordnung marginalisierter Gruppen der Gesellschaft (Hartz IV als Mischung von Absenkung bzw. Streichung sozialer Anrechte und Übergang zu Zwangsarbeit im Niedriglohnsektor). Dies ist die Strategie der gemäßigten Linken (der Sozialdemokratie) in den meisten Staaten der EU.

Die andere Strategie wäre die der Nutzung der Krise des neoliberalen Projekts (in beiden Formen), um den durch den Neoliberalismus eingeschlagenen Entwicklungspfad in Richtung eines Entwicklungspfads solidarisch-emanzipativer Transformation zu verlassen. Die Krise des Neoliberalismus in seiner konkreten Form eines Regierungsprojekts schafft dafür aber keinesfalls die unmittelbaren Voraussetzungen. Sie müssen erst entstehen bzw. geschaffen werden.

2) Linke Regierungspolitik hat es in vielfacher Hinsicht mit Tatsachen und Rahmenbedingungen zu tun, die der Neoliberalismus auf Dauer gestellt hat. Schnelle Veränderungen insbesondere in den Kernbereichen von Wirtschafts- und Sozialpolitik sind deshalb unmöglich. Linke Regierungspolitik, will sie den Rahmen des Neoliberalismus verlassen, muss ausgehend von diesen Rahmenbedingungen und durch ihre schrittweise Veränderung die regionalen, nationalen und internationalen Voraussetzungen einer solidarischen demokratischen Politik erst schaffen.

Diese These geht von der Annahme aus, dass ein direkter Bruch mit dem Neoliberalismus unmöglich ist, da er enorme Ressourcen verlangen würde (siehe Venezuela). In der Mehrheit der Fälle muss linke Regierungspolitik deshalb zunächst die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität sichern bzw. wieder herstellen. Ein Teil der linken Regierungen wählt deshalb zunächst vor allem die folgende Strategie: Politiken der Einbindung von zumindest einem Teil der herrschenden Gruppen, der Haushaltssanierung, Inflationsbekämpfung (Hochzinspolitik und hohe Bewertung der eigenen Währung), Exportorientierung, Gewinnung von ausländischem Kapital können damit verbunden sein. Eine Regierungspolitik, die sich darauf einlässt, versucht, das Vertrauen wichtiger Kreise des Kapitals zu gewinnen (auch auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung). Eine solche Politik scheint in Südafrika, aber auch in Brasilien dominiert zu haben bzw. zu dominieren.

Die Frage steht, ob es dazu eine grundsätzliche Alternative gibt, die nicht zu Destabilisierung, Einbruch des Bruttosozialprodukts, Möglichkeiten der offenen US-Intervention führt. Es ist erst noch zu beweisen, dass ein Einstieg in den Ausstieg aus dem Neoliberalismus völlig der neoliberalen Mittel entsagen kann. Die bisherigen Erfahrungen scheinen nahe zu legen, dass dieser Einstieg eine Art Tripple-Strategie zu verlangen scheint: Erstens wäre dies der Bruch mit besonders parasitären Formen des bisherigen Regimes (Apartheid, Berlusconis parasitärer Finanzkapitalismus usw.), eine dosierte Abschüttelung neoliberaler Fesseln (siehe Argentinien: starke Abwertung der Auslandsschulden, aber auch evtl. von Binnenverschuldung), soweit dies zu keiner destabilisierenden Konfrontation führt. Zweitens wäre dies die Erschließung endogener Ressourcen wirtschaftlicher Entwicklung mit hohem Wachstumspotential (siehe Agrarexporte Brasiliens; Vernetzung der regionalen Wirtschaft und Verknüpfung mit Wissenschaft, Kultur, Gesundheitssystem usw. in Berlin), die relativ kurzfristig Arbeitslosigkeit senkt, Einkommen zumindest bei Teil der Mittelschichten und der Arbeiter im formellen Sektor erhöht, die staatlichen

Einnahmen steigert usw. Drittens gehört zu einer solchen Strategie das Ergreifen von Maßnahmen, um den vom Neoliberalismus am stärksten negativ betroffenen Gruppen zu helfen: Unterstützung von solidarischer Ökonomie (Landreform, Kooperativen, Selfmanagement usw.), Sanierung bzw. Stärkung der Systeme öffentlicher Daseinsvorsorge, Elemente von Grundsicherung.

Wie an anderer Stelle formuliert: „Die wichtigste offene gesellschaftliche Aufgabe der Linken in Europa bleibt es, eine Strategie zu formulieren und mehrheitsfähig zu machen, die durch eine individuell befreiende, sozial gerechte und ökologisch sowie global verantwortliche Politik hohe Wertschöpfung erzielt, diese in die Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme und jene öffentlichen Sektoren investiert, die ein selbstbestimmtes Leben in Solidarität ermöglichen, und damit der erneuerten Vision einer sozialen Demokratie wieder zur Ausstrahlung verhilft. Sozialpolitik darf nicht länger als Reparaturinstrument einer unsozialen Wirtschaftspolitik dienen, die nicht in der Lage ist, ihre eigenen Ergebnisse zu verantworten. Die Produktivität von Sozialpolitik und die Sozialität von Wirtschaftspolitik müssen als zwei Seiten eines emanzipativen Projekts komplementär zueinander entwickelt werden. Verteilung ist ein zentraler Faktor der Produktion und die Struktur der Produktion bedingt letztlich die Art der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.“⁵

Die Grenzziehung dieser Strategie zu der eines gemäßigten Neoliberalismus der Mainstreamsozialdemokratie ist fließend. Sie birgt zugleich die Gefahr, in deren Rahmen zu bleiben und so langfristig den Neoliberalismus zu stärken. Die vielleicht wichtigste Bedingung, um dieser Gefahr zu entkommen, ist eine Politik, die soziale Bewegungen, Organisationen usw. nicht schwächt und einkauft, sondern deren Stärkung selbst betreibt. Ein partizipativer Politikstil ist dafür der entscheidende Garant. Regierungsbeteiligung beweist sich daran, wie sie zum Kampf für Gegenhegemonie solidarisch-emanzipativer Kräfte beiträgt. Dies misst sich vor allem daran, inwiefern sie die Erprobung von Einstiegsprojekten ermöglicht, Visionen einer neuen Produktivität konkreten Gehalt gibt, soziale Interessenbündnisse jenseits des Neoliberalismus einleitet und politische Bündnisse dafür stärkt.

Dritte These: Eine linke Wirtschaft- und Sozialpolitik ist möglich – eine Agenda für Deutschland

Die neoliberale Politik hat die Bundesrepublik in eine schwere soziale, politische, kulturelle und vor allem auch wirtschaftliche Krise gestürzt. Nach so vielen Jahren der neoliberalen Experimente ist eine vierfache Umkehr notwendig, um diese Krise zu überwinden:

Umkehr zum Ersten: Ziele und gegenwärtige Politik der Linkspartei sind bestimmt von der Überzeugung, dass die Wirtschaft für die Menschen da sein soll. In Wahlproklamationen beschwören das auch andere Parteien. Sozial gleiche Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit und Würde bereit zu stellen – das liegt anderen jedoch fern. Wie Heiner Geißler, früherer Generalsekretär der CDU, kritisiert: „Die zentrale Frage ist doch, wie unser Wirtschaftssystem in der globalen Ökonomie in Zukunft aussehen soll. Beide große Parteien haben kein Konzept als Antwort auf die Probleme der Globalisierung. Die Menschen merken, dass sie einem Wirtschaftssystem ausgesetzt sind, das weder demokratisch kontrolliert wird noch in der Lage ist, den Wandel human zu gestalten. Sie sind empört und verzweifelt, dass die politischen, ökonomischen und journalistischen Eliten nicht in der Lage sind, ein Konzept zu entwickeln, das diesen Globalisierungsprozess menschlich gestaltet.“⁶ Die Realität in der Bundesrepublik und der Europäischen Union ist davon um Welten entfernt.

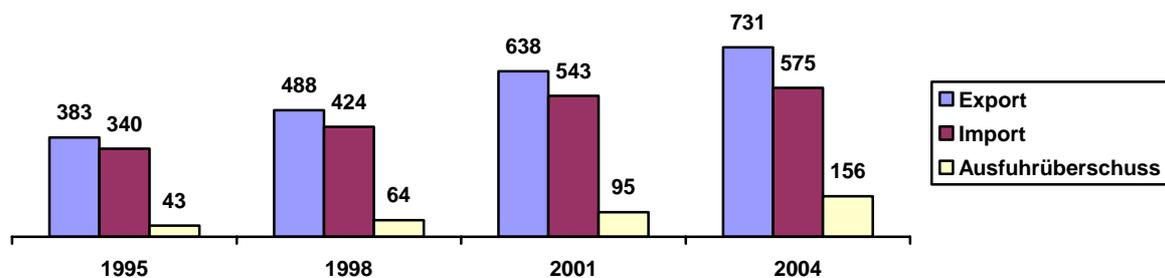
⁵ Michael Brie: Strategische Herausforderungen der Europäischen Linken. In: Michael Brie und Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch. Berlin: Karl Dietz Verlag 2005, S. 95.

⁶ Heiner Geißler im Interview mit der *Berliner Zeitung* vom 11. August 2005.

Umkehr zum Zweiten: Wenn diese Realität verändert werden soll, muss an die Stelle einer Unterordnung der Politik unter die Interessen und die Macht der Wirtschaftseliten und vor allem des globalen Finanzkapitals das *Primat einer alternativen Politik treten, die ökonomische Effizienz mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verbindet*. Die Linkspartei will mit allen ihren Möglichkeiten zu einer breiten gesellschaftlichen Allianz beitragen, die in den bevorstehenden Lern- und Suchprozessen und Kämpfen die Kraft für den Bruch mit der vorherrschenden marktradikalen Entwicklung aufbringt.

Umkehr zum Dritten: Die gegenwärtig bestimmende Wirtschaftspolitik in Deutschland und der Europäischen Union ist auf die *Angebotsstärke* der global operierenden Unternehmen konzentriert. Druck auf Löhne und Arbeiterrechte, Abstriche von sozialen Standards und niedrige Unternehmenssteuern – das ist ihr Credo. In Deutschland stehen hohe Exportüberschüsse (siehe Grafik 6) einer fast kontinuierlich sinkenden Binnennachfrage gegenüber. Der Export hat zwischen 2000 und 2004 durchschnittlich einen jährlichen positiven Wachstumsimpuls von 1,2 Prozent ausgelöst, die stagnierende oder sinkende öffentliche Nachfrage dagegen hat jährlich das Wachstum um 0,5 Prozent abgeschwächt. Die Ursache dafür, dass Deutschland Schlusslicht im Euroraum beim Wachstum ist, liegt gerade nicht an unzureichender Export- und Konkurrenzfähigkeit, sondern an der Verarmung der öffentlichen Haushalte und des völligen Zurückbleibens der Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung.

Grafik 6: Deutscher Außenhandel in Mrd. Euro



Die *Nachfrageschwäche* auf den Binnenmärkten als ein entscheidendes Hemmnis für Wachstum und neue Arbeitsplätze an. Folglich ist es für sie ein wirtschaftspolitischer und zugleich sozialer Ausgangspunkt, die Kaufkraft auf dem deutschen und europäischen Binnenmarkt zu stärken. Das heißt:

- Abkehr von Niedriglohnstrategien; gesetzliche Einführung von Mindestlöhnen; Erhöhung der Lohneinkommen mindestens in dem Maße, wie die gesamtwirtschaftliche Produktivität und die Preise steigen; Verteidigung der Tarifhoheit und Stärkung der Gewerkschaften.
- Keine weitere Senkung von Sozialeinkommen! Sie müssen der Würde der Menschen entsprechen. Sie stabilisieren zugleich auch die Kaufkraft.
- Massenkaukraft ist aber nur die eine Komponente für die Stärkung der Binnennachfrage, öffentliche Investitionen bilden die andere. Ihre Bedeutung reicht entschieden weiter. Mit Investitionen in den ökologischen Umbau, in Bildung und Wissenschaft, in Gesundheit-, Pflege-, Betreuung- und Kultureinrichtungen, in den öffentlichen Nahverkehr und andere Einrichtungen öffentlicher Daseinsvorsorge gewinnt Politik Gestaltungskraft. Ein *zusätzliches öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm* mit solchen Schwerpunkten würde zum Einstieg in einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft beitragen. Soziale Kälte und ökologische Blindheit des Marktes würden auf ein wirksames Gegengewicht treffen.

Die Unterstellung, dass die Linkspartei nur Verteilungsfragen im Sinn habe, trifft nicht zu. Der ökologische Umbau und die Ausrichtung von Wissenschaft, Technologien und Produktionsprofilen auf diesen Umbau betrifft die Produktionsstrukturen und ebenso wie die öffentliche Daseinsvorsorge zugleich den Wandel der Lebensweisen. Was aber zutrifft, ist die klare Orientierung des Neoliberalismus auf eine Umverteilung von unten nach oben und von den Lohnemp-

fängern zu den Kapitaleigentümern sowie die Fortsetzung einer unökologischen und ungerechten Wirtschaftspolitik.

Umkehr zum Vierten: Die Herausbildung einer neuen Linken wird folglich mit Kämpfen um eine *andere Regulationsweise* in der Wirtschaft verbunden sein. Die unumgänglichen Umbrüche – eine ökologische Zeitenwende, die Überwindung der Armut der Welt, der Übergang zur Wissensgesellschaft, generationenübergreifender demografischer Wandel – sind nicht durch das Diktat der Märkte, nicht orientiert an den kurzfristigen Kursausschlägen auf den Aktien- und Wertpapiermärkten in sozialer Weise zu bewältigen. Anfeindungen gegen die Linkspartei, sie wolle nur zurück zur staatsgelenkten Wirtschaft, ignorieren schlicht den Bedarf an strategischem Handeln. Sie sind einfach nur unqualifiziert.

In künftigen Regulationsweisen werden zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen um die notwendigen Entscheidungen – in Gestalt partizipativer Haushaltspolitik beispielsweise –, langfristiges staatliches Handeln und Marktmechanismen unter neu gesetzten Rahmenbedingungen ineinandergreifen. Dies gilt für die kommunale und regionale Ebene, für Länder, den Bund und die Europäische Union bis hin zu globalen Zusammenhängen. Auf allen diesen Ebenen muss die Wirtschaftsentwicklung in Demokratisierungsprozesse eingebettet werden, in *mehr direkte Demokratie, mehr Bürgernähe und Ausbau der Mitbestimmung in der Wirtschaft*, die vor allem den sozialen Grundbedürfnissen, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verpflichtet sind.

Das Soziale gilt anders als beim gemäßigten Neoliberalismus der Sozialdemokratie nicht als der Restposten, der in der Verdrängungskonkurrenz nach profitdiktieren Senkungen der Lohnnebenkosten und Streichungen sozialer Leistungen in den Haushalten noch verbleibt. *Hohe soziale Standards haben eigenständige Bedeutung* – als Ziel einer gerechten Gesellschaft, für Frieden und inneren gesellschaftlichen Zusammenhalt, für ein produktives Betriebsklima in der Wirtschaft und auch als Nachfragefaktor. *Ebenso gilt, dass ein erneuerter Sozialstaat eine leistungsfähige Wirtschaft und hohe Beschäftigungsquoten voraussetzt.*

Mehr soziale Sicherheit beginnt daher mit mehr existenzsichernden Arbeitsplätzen: durch innovative Zukunftsinvestitionen; Stabilisierung der Binnennachfrage; Einstieg in öffentlich geförderte gemeinnützige Beschäftigungssektoren dort, wo die Privatwirtschaft keine Gewinnchancen sieht; Verkürzung der Arbeitszeit und Umverteilung der Arbeit; freiwilligen Wechsel zwischen Erwerbsarbeit und zeitweiliger, sozial abgesicherter Familienarbeit und gemeinnütziger Arbeit. Bildung für alle unabhängig von der sozialen Herkunft muss die sozial gleiche Teilhabe an Arbeit begünstigen. Wenn der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann, im Chor mit anderen behauptet, das Angebot der Linkspartei erschöpfe sich in Steuererhöhungen und Ausweitung des Sozialstaates⁷, so trifft dies schlicht nicht zu. Struktur- und Industriepolitik, Umweltpolitik, Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik werden von der Linkspartei in enger Wechselwirkung verstanden.

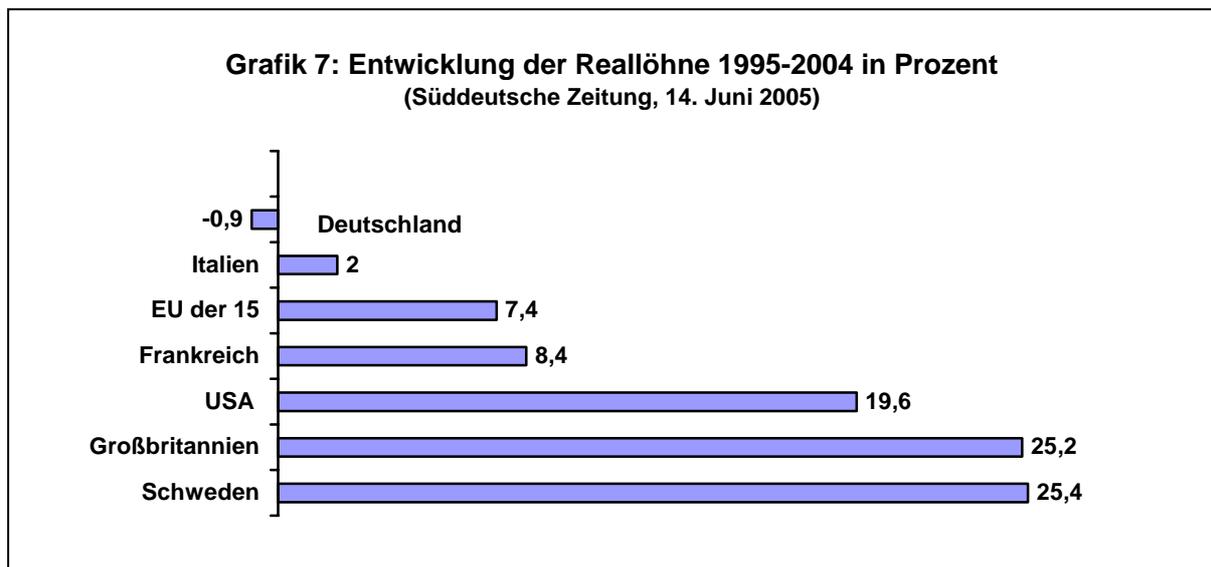
Immer wieder wird vom Neoliberalismus der Vorwurf erhoben, die Linke sei nicht von dieser Welt, weil sie mit ihren sozialen Forderungen ignoriere, dass die Weltmärkte unausweichlich Druck auf Löhne und Lohnnebenkosten nach unten ausübten. So meint z.B. Prof. Hans Werner Sinn, Präsident des ifo-Instituts und einer der „Wirtschaftsweisen“, auf die Frage, wie Arbeitsplätze entstehen können: „Durch deutlich niedrigere Steuern und Lohnkostensenkungen, die sich auf den Niedriglohnsektor konzentrieren. Wenn die Löhne sinken und die Leute länger arbeiten, schaffen die Unternehmen neue Arbeitsplätze und lassen Menschen statt Maschinen in den Fabrikhallen arbeiten.“⁸ Genau diese Politik hat aber in jeder Hinsicht versagt.

Erstens sind es nicht zuletzt die Lohnkämpfe und die Auseinandersetzungen um Erhalt und Verbesserung sozialer Leistungen, die die Nachfrage auf den Weltmärkten sichern helfen, ohne die die Märkte überhaupt nicht funktionieren würden. Die Marktliberalen sollten Merkur, dem Gott des Handels und der Diebe, für diesen Dienst der Linken und der Gewerkschaften danken. Die Vorstellung, man müsse im Zeitalter der Globalisierung dem Druck auf die Absenkung der

⁷ Berliner Zeitung vom 16.Juli 2005.

⁸ www.politikforum.de/forum/showthread.php?threadid=39974.

Löhne nachkommen, ist auch empirisch falsch. Sie kann nicht erklären, wieso in vielen Volkswirtschaften (außer gerade in Deutschland) teilweise massive Lohnerhöhungen stattfanden (siehe Grafik 7). Auch heute gibt es kein „ehernes Lohngesetz“, das alle Arbeitenden zur Verarmung zwingen würde.



Zweitens zielen Bildungs-, Wissenschafts- und Technologiepolitik der Linkspartei ebenso wie ihre in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bereits praktizierte Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen auf einen Produktivitätsanstieg, der die Lohnstückkosten trotz hoher Stundenlöhne und Lohnnebenkosten auch weiter erfolgreich begrenzt. So können die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen gewahrt und sollen zugleich die gegen so genannte Niedriglohn-Entwicklungsländer errichteten Importschranken solidarisch abgebaut werden. Die Bundesrepublik wäre nicht Exportweltmeister, wenn Löhne und Sozialstandards in Deutschland gemessen am Produktivitätsniveau unverhältnismäßig hoch wären.

Drittens schlägt die Linke vor, die Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmerseite von der Lohnsumme als Bezugsbasis abzukoppeln. Sie sollen nicht mehr als Lohnnebenkosten berechnet werden, sondern auf die Summe des Wertes der Produkte eines Unternehmens, seine Wertschöpfung, bezogen werden. Kleine arbeitsintensiv produzierende Unternehmen würden dann nicht mehr durch hohe Lohnnebenkosten bestraft, und investitionsstarke Großunternehmen mit hohem Einsatz von Maschinen und wenig Personal würden für Rationalisierungsprozesse mit der Folge von Massenentlassungen zu Lasten der Gesellschaft durch sinkende Sozialbeiträge nicht mehr belohnt werden.

Viertens ist zu prüfen, ob die sozialen Sicherungssysteme angesichts der Verkürzung der Lebensarbeitszeiten (im Gefolge längerer Ausbildungs- und Rentenzeiten und häufiger Unterbrechungen der Arbeitsbiografien) besser durch Steuern als vorwiegend durch Beiträge in Abhängigkeit von den Löhnen finanziert werden sollten. Letzteres würde den Faktor Erwerbsarbeit grundsätzlich entlasten und die Kosten der sozialen Sicherung und der auf ihr beruhenden inneren Stabilität verstärkt auf die gesamte Gesellschaft übertragen.

Fünftens ist die Verdrängungskonkurrenz auf den Weltmärkten keineswegs so schicksalhaft, wie die dort dominierenden transnationalen Unternehmen aus eigenem Interesse glauben machen wollen. Die Linkspartei fordert daher Kontrolle und Regulierung der internationalen Finanzmärkte, die Einführung einer Steuer auf internationale Devisentransaktionen, einen konsequenten Kampf gegen Steueroasen und andere Schritte zur Eindämmung globaler Kapitalmacht.

Eine Position weist die Linke jedoch kategorisch zurück: dass die Globalisierung schicksalhaft Konkurrenz bedeutet, die dazu führt, dass „Arbeit billig wie Dreck“ wird (Horst Afheldt) und die soziale Sicherung total privatisiert werden muss, wie das die FDP anstrebt.

Der letzte Trumpf der Kritiker der Linken lautet stets, dass ihre Konzepte nicht finanzierbar seien. Aber wieso in aller Welt soll bei steigender Produktivität, wissenschaftlich- technischen Umwälzungen, perfektionierter Arbeitsorganisation, globaler Arbeitsteilung und folglich wachsendem Reichtum nicht einmal das bezahlbar sein, was vor Jahrzehnten in einer weit schwächeren Volkswirtschaft noch kein Problem war? Warum soll nicht finanzierbar sein, was ökonomisch vernünftig und sozial obendrein ist? In einem Land, in dem während der Regierungszeit Schröders das Nettovermögen der obersten 10 Prozent unter den Einkommensempfängern um fast 450 Milliarden Euro gestiegen ist, dessen 43 Milliardäre zu den Reichsten der Erde zählen, in dem 4.400 Superreiche mit einem reinen Geldvermögen von jeweils mehr als 30 Millionen Euro leben!

Unter den gegenwärtigen Bedingungen sind die Reformalternativen der Linken tatsächlich nicht finanzierbar. Weil die Kräfteverhältnisse zwischen superreichen Machteliten und demokratischen Gegenkräften dies nicht erlauben. Aber: „zum ersten Mal tritt der politischen Klasse das Elend dieses Landes nicht nur als diffuse Stimmung, sondern in Gestalt eines politischen Gegners gegenüber. Das macht sie fassungslos“! So „Die Welt“ am 19. Juni über die Linkspartei.PDS.

Nach dem Steuerkonzept der Linken in Deutschland sind jährliche Steuermehreinnahmen von 64 Milliarden Euro möglich – ohne ruinöse Belastungen der Wirtschaft: durch die Wiedererhebung einer Vermögenssteuer, progressive Ausgestaltung der Körperschaftssteuer, international vergleichbare Anhebung von Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Großbeträge, Einführung einer Börsenumsatz- und einer Devisenumsatzsteuer und konsequente Beschneidung von Steuerflucht- und Steuerhinterziehung.